

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 588

Mittwoch, 29. Juli 2015

22. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die Komplizen der Grauzonen (Teil 2).....	1
TSE bestraft fünf Parteien in Millionenhöhe.....	3
TSE verweigert 34 Kandidaturen.....	3
TSE begrenzt Wahlausgaben der Parteien.....	4
LIDER kündigt Massenprotestdemo an.....	4
CICIG: Finanzierung der Parteien.....	4
Nicht registriert, keine Wahlstimme.....	5
Der Genozid-Prozess geht in eine neue Runde: Rios Montt als Gefangener im Krankenhaus.....	5
Entdeckung von Maya-Ruinen im Petén.....	6

Die Komplizen der Grauzonen (Teil 2)

Angesichts der täglich neuen Verhaftungen wegen Korruption, fragen sich viele, wo es anfängt, wo es aufhört, wer denn nicht in irgendeiner Machenschaft verwickelt ist. In einem Interview von Carlos Arrazola mit Eduardo Salcedo-Albarán, erschienen auf Plaza Publica vom 08. Juli 2015 und hier gekürzt wiedergegeben, geht es genau um die Grenzen zwischen kriminellen Strukturen und staatliche FunktionärInnen und wie damit umzugehen wäre.. Das Interview hat im ersten Teil die Situation analysiert und geht nun im zweiten Teil auf die Forderung Salcedo-Albaráns nach einem ethischen Paradigma, insbesondere von UnternehmerInnen, ein.

Zur Erinnerung: Eduardo Salcedo-Albarán ist einer der anerkanntesten lateinamerikanischen Experten für kriminelle Strukturen. Er hat zu deren Untersuchung Analysen sozialer Netzwerke und künstliche Intelligenz verwendet, aber auch Neurowissenschaften. Veröffentlichungen von ihm gibt es zu den Themen organisierte transnationale Kriminalität, Entführungen, Korruption, Drogenhandel und die Übernahme des Staates bzw. Kooperation des Staates. 2012 veröffentlichte er mit seinem Landsmann Luis Jorge Garay „Drogenhandel, Korruption und Staaten“, in dem sie die entsprechenden Machenschaften in Kolumbien, Mexiko und Guatemala analysierten. Er ist Gründer und Direktor von Vortex, einer transnationalen Gruppe von Forschern, die sich mit sozialen Problemen befassen und überlegen, wie man sie lösen könnte. Er befindet sich auf einer akademischen Reise in Guatemala. (..)

Unternehmensethik

Was könnten UnternehmerInnen tun, um nicht in die Versuchung zu kommen, in diese kriminellen Netzwerke eingebunden zu werden?

Der Privatsektor muss den historischen Moment erkennen und einen Ethik-Codex für Unternehmen entwickeln, einen strengen, klar formulierten und rechtsverbindlich sein. Damit es nicht dabei bleibt, dass sie sich in Presseerklärungen über die Korruptionsskandale beklagen. Das reicht nicht. Was wir brauchen ist, dass diese Unternehmensverbände ebenso wie die politischen Parteien einen Ethik-Codex einrichten, um sich von diesen Machenschaften abzuschirmen, ihre Gremien zu säubern. Nur in einem solchen Rahmen kann man beginnen, den Grad der Erpressung zu vermindern.

Macht den UnternehmerInnen solche eine Ethik größere Sorgen als die Bereicherung?

Es sollte sie besorgt machen, sie sollten sie haben. Mit einem höheren Grad an ethischem Handeln und einer geringeren Zahlung von Bestechungsgeldern wären sie weniger stark Erpressungen ausgesetzt und könnten bessere Geschäfte machen. Ein gefestigtes wirtschaftliches Wachstum, der sich durch Transparenz in den Geschäften ergibt, wird dann längerfristig auftreten.

So wie es in Italien geschah.

Genau. Im Süden Italiens haben sich die Unternehmensverbände auf einen Ethik-Codex geeinigt, um jene Mitglieder auszuschließen, die mit der Mafia verbunden waren. Dann konnten sie den Grad der Korruption vermindern und so das Band, das sie festhielt, durchtrennen. Denn die Korruption, Bestechungsgelder, Erpressungen hatten die lokale Wirtschaft total im Griff. Nur indem sie sich für diese Schritte engagierten, konnten sie einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung erreichen.

Die ethische Frage ist komplex. Nicht nur die UnternehmerInnen, sondern für die gesamte Gesellschaft, die sich inmitten dieser Kultur der Korruption und Schattenwirtschaft entwickelt hat.

Ja, sie ist komplex. Es klingt wie eine Schelte in der Schule. Die Menschen glauben, dass sie mit dem, was da geschieht, gar nichts zu tun haben – und dass die einzige Antwort der Knast ist. Aber in Wirklichkeit liegt mittel- und langfristig die einzige Möglichkeit, eine soziale und gesellschaftliche Veränderung zu erreichen, darin, feste Werte wieder aufzubauen. Wenn unsere Gesellschaft nicht die Wichtigkeit der Transparenz, der Kultur der Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung des Glaubens an Regeln und nicht an die Mogelei anerkennen, wird sich mittelfristig nichts ändern. Kurzfristig muss CICIG und die Staatsanwaltschaft das voranbringen, was sie begonnen haben: jene Staatsbediensteten, UnternehmerInnen und Kriminellen und jene die diese Strukturen decken, aufzuspüren. Aber mittelfristig wird das nur etwas nützen, wenn die Gesellschaft sich bereit erklärt, Mindeststandards einzuhalten. Wenn nicht, wird es nicht vorangehen. Bleibt die Gesellschaft verstockt, wird es keinen Fortschritt geben, bleibt sie in den Fängen der Korruption, wird sie weiter verfallen. (...)

(..) Offensichtlich, sind es nicht die aktuell aktiven PolitikerInnen, die einen Kreuzzug für eine Kultur der Transparenz führen können. Wer könnte diesen anführen?

Wir alle, die Zivilgesellschaft. Leider gibt es in unseren Ländern nur wenige positive soziale Veränderungen, die von den Eliten ausgegangen wären. In den meisten Ländern haben die Eliten nicht die historische Rolle wahrgenommen, die ihnen zusteht, um den übrigen Teil der Gesellschaft Mut einzuflößen. Im Gegenteil, was sie – tendenziell - interessierte, war es kriminelle Bedingungen, institutionelles Chaos, Schwäche des Staates herzustellen, um selbst die dicksten Fische zu fangen. Da dies so ist, kann nur die Zivilgesellschaft, die Studierenden, die Verbände, die Gruppe der Gewaltopfer, der AnwältInnen, der JournalistInnen beginnen, sozialen Druck auszuüben, wie es ja glücklicherweise vor kurzem in Guatemala geschehen ist. Wir dürfen keine Mühen scheuen, die historische Chance, die sich in den letzten Monaten in Guatemala aufgetan hat, zu nutzen und auf öffentliche Plätzen Transparenz einzufordern. Die Gesellschaft wird sich bewusst, dass Transparenz ein Mindeststandard ist, von dem aus weiteres aufgebaut werden kann. Das kann nur die Zivilgesellschaft leisten, auch wenn das unendlich schwer ist, weil sie nicht die ökonomischen oder politischen Ressourcen der Eliten haben. Darum ist es ja so leicht, wieder alle Energie zu verlieren.

Wie kriegen wir die UnternehmerInnen dazu, sich ihrer Rolle in dem Spiel zu stellen?

Die UnternehmerInnen können so nicht weitermachen. Sie müssen nun Rechenschaft ablegen, die Gesellschaft sagt ihnen: Transparenz ist das Mindeste, das ihr akzeptieren müsst. Die Staatsanwaltschaft und die CICIG haben begonnen, die UnternehmerInnen ins Visier zu nehmen; sie beginnen, ihre Aufmerksamkeit auf die finanziellen, Handels- und Wirtschaftsstrukturen der kriminellen Netzwerke zu lenken und leiten Untersuchungen ein, stellen wichtige ökonomische Akteure vor Gericht. In solch einem Moment haben die UnternehmerInnen, die Unternehmensverbände als einzige Möglichkeit, einen Unternehmensethik-Codex zu beschließen, bevor CICIG und die Staatsanwaltschaft ihnen die Arbeit der Säuberung abnehmen wird.

Auch wenn das die Gewinne schmälert?

Na ja, nur theoretisch. Der rationale Gedanke der UnternehmerInnen ist: wir zahlen Bestechungsgeld, um einen Vertrag zu erhalten, kurzfristig wird er damit Gewinne machen; mittelfristig aber, wird die Höhe der Bestechungssumme immer weiter steigen und die Umsätze und den Gewinn schmälern. Den selben Gedanken könnte man anwenden, aber in umgekehrter Richtung: ein Banker, der kurzfristig das Geld aus Geschäften der organisierten Kriminalität ablehnt, garantiert mittelfristig den Erfolg von Geschäften mit rechtlich sauberem Geld. Und das wird es dem Banker erlauben, auch zukünftig erfolgreiche Geschäfte zu machen. Genau über diesen Zusammenhang müssen sich die UnternehmerInnen bewusst werden.

TSE bestraft fünf Parteien in Millionenhöhe

Guatemala, 14. Juli. Das Oberste Wahlgericht entschied das Wahlbudget von fünf Parteien in Millionenhöhe zu kürzen, als Strafe dafür, dass sie eine verfrühte Wahlkampagne führten, das Geld also vor dem 2. Mai ausgaben.

Darunter sind die Parteien: Libertad Democrática Renovada (LIDER) und Partido Patriota (PP), die mit einer Kürzung von je 5,8 Millionen Quetzales bestraft wurden, TODOS, Unidad Nacional de la Esperanza (UNE) und die Koalition CREO/Unionista – mit je einer Strafe von 4 Millionen.

Aber auch weitere Parteien wurden mit allerdings geringeren Strafen (unter einer Million) belegt: Partido Republicano Institucional (PRI), Partido de Avanzada Nacional (PAN) und Unión del Cambio Nacional (UCN).

Renzo Rosal, Mitarbeiter des Zentralamerikanischen Instituts für Politische Studien, sieht die Entscheidung des TSE als sehr positiv und kommentierte, es sei das erste Mal, dass ein Gericht so vorgehe. Damit hätte es ein Zeichen gesetzt, obwohl der Betrag der Strafe selbst eher symbolisch im Vergleich zu den ausgegebenen Summen sei.

Wenn sich nun noch beweisen liesse, dass die Parteien den erlaubten Betrag für Wahlkampagnen überschritten haben, dann müssen weitere Strafen folgen, so der Ex-Richter Julio Dougerthy.

Der Beschluss kam nachdem der Schatzmeister von PAN, Luis Fernando Linares, beantragte, dass das TSE über die vorgezogenen Kampagne richten solle. „Man muss daran erinnern, dass dafür öffentliche Gelder verwendet wurden“, sagte Linares. Die Anfrage wurde vom Schatzmeister der UNE, Mario Taracena, unterstützt. Auch die PP kritisierte die Ausgaben, die LIDER und UNE getätigt haben, da „sie übermässig hoch sind; wir haben nicht so viel ausgegeben, denn wir respektieren das Gesetz“, kommentierte man von Seiten der PP zu verschiedenen Momenten.

Massive Wahlkampagne

Hier eine Liste der Ausgaben, die die Parteien gegenüber dem TSE angegeben haben, und die erlaubten Ausgaben. Das Verhältnis von Quetzales zu Euro ist aktuell etwa 8,43 zu 1, zum Schweizer Franken knapp 8:1.

Politische Partei	Autorisierte Summe (in Millionen)	Reduziertes Budget (in Millionen)	Ausgaben bis Juni (in Millionen)
UNE	Q 57.1	Q 53.1	Q 14.5
LIDER	Q 57	Q 51.2	Q 37.4
CREO/Unionista	Q 56.6	Q 52.6	Q 5.7
PP	Q 55.9	Q 50.1	Q 1.4
PAN	Q 55	Q 54.2	Q 1.5
UCN	Q 50	Q 49.4	Q 0,110
PRI	Q 25	Q 24.1	Q 2.1
TODIOS	Q 10	Q 6	Q 0,787
Quelle: EP			

TSE verweigert 34 Kandidaturen

Guatemala, 14. Juli. Das BürgerInnenregister der TSE verweigerte die Einschreibung von Alfonso Portillo als Abgeordneter der Liste von Partei TODOS, da er nicht die Kriterien der Tauglichkeit und Ehrbarkeit, definiert in Artikel 113 der Verfassung, erfülle. Weiterhin wurden 33 Kandidaturen für öffentliche Wahlämter zurückgewiesen.

Der Direktor der Abteilung, Leopoldo Guerra, sagte: „Portillo hat Dinge getan, die einfach nur als schlecht angesehen werden können, weshalb er ja auch in die USA ausgeliefert wurde und wo er wegen Geldwäsche und Verschwörung verurteilt wurde. Das widerspricht natürlich der von der Verfassung verlangten Ehrbarkeit, um ein öffentliches Amt zu bekleiden.“

15 weitere Einschreibungen der gleichen Partei wurden verweigert, da auch hier nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt wurden. Artikel 113 der Verfassung legt fest, dass jedeR Guatemaltekin das Recht besitzt, öffentliche Ämter anzustreben und dagegen nur Gründe sprechen dürfen, die sich auf Fähigkeit, Tauglichkeit und Ehrbarkeit des/der KandidatIn beziehen. (EP)

TSE begrenzt Wahlausgaben der Parteien

Guatemala, 15. Juli. Das Abkommen 262-2015 des TSE (Oberstes Wahlgerichts) legt nun fest, dass Kommunikationsmedien keinerlei Information, Werbung oder ähnliches im Zusammenhang mit der Wahlkampagne einer Partei oder den KandidatInnen mehr veröffentlichen dürfen, wenn die Parteien das Limit ihrer erlaubten Ausgaben für Wahlkampagnen erreicht haben und die Medien darüber informiert wurden. Im Abkommen wird auch auf Artikel 195 der Wahlgesetzes verwiesen, in welchem festgelegt wird, dass das TSE bei der Verfolgung von Gesetzesverstößen und bei der Überwachung des korrekten Umgangs mit Staatsgeldern auf die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und der Rechnungshofes zählen kann. Das Wahlgesetz selbst hat nie direkt die Kommunikationsmedien erwähnt.

Verfassungsexperte Carlos Molina Mencos sagte dazu, dass das TSE „für die Wahlausgabenüberwachung verantwortlich ist und um Missbrauch zu erkennen, stellt dies eine gute Massnahme dar“. Die Tatsache, dass ein Kommunikationsmedium eine bezahlte Anzeige publiziert, nachdem das Budgetlimit der Partei erreicht wurde, macht es zum Mittäter, „denn es kenne ja die Umstände“, erklärte Molina. Das Abkommen erinnert ebenso an Artikel 21 des Wahlgesetzes, und dass die „Nichterfüllung der Normen der öffentlichen Finanzierung von politischen Organisationen auch die Anwendung von Strafmassnahmen administrativer oder strafrechtlicher Natur nach sich ziehen können, bis hin zur Aufkündigung der juristischen Anerkennung der Organisation.“ (EP)

LIDER kündigt Massenprotestdemo an

Guatemala, 18. Juli. Die Partei der Erneueren Demokratischen Freiheit (LIDER), die in der letzten Zeit stark ins negative Rampenlicht der Presse gekommen war, kündigte an, dass mehr als 100.000 ihrer AnhängerInnen in der Hauptstadt demonstrieren werden, um gegen die Negativkritik gegenüber einigen ihrer Mitglieder anzutreten. Starke Kritik gebe es entweder gegen den Vizepräsidentenkanidaten der Partei, Edgar Barquín.

Der Protestmarsch, dessen Termin noch nicht feststeht, hat aber schon eine feste Route: vom Obersten Gerichtshof (CSJ) bis hin zum Sitz der CICIG in der Zone 14. Der Sprecher von LIDER, Fridel de León, versicherte, dass die Partei Opfer einer Verschwörung sei und sich juristisch dagegen wehren werde. Die Aktionen der Kommission (CICIG) gegen LIDER-Mitglieder seien nur medienwirksam Beschuldigungen.

Zum derzeitigen Zeitpunkt hat die Staatsanwaltschaft eine Voruntersuchung gegen mehrere Abgeordnete (darunter Manuel Barquín, Baudillio Hichos) und den Bürgermeister von Chinautla, Arnoldo Merano, initiiert. Zu den Vorwürfen gegen den Abgeordneten Barquín und den Vizepräsidentenkanidaten gehören Geldwäsche innerhalb einer kriminellen Bande und Strafvereitelung, da sie den Anführer der Bande geschützt hätten.

Andere Mitglieder der Partei, die Abgeordneten Luis Chávez und Mirza Arreaga, werden des Amtsmissbrauchs und der Entgegennahme von Geld im Austausch der Vermittlung von Verträgen in Millionenhöhe an ausgewählte Firmen bezichtigt. Die Beschuldigten wollten Beweise sehen und wurden gegenüber der Kommission aggressiv. Für die beiden Beschuldigten überraschend wurde ein Video über deren Unterhaltung mit dem Minister für Soziale Entwicklung, Leonel Rodríguez in den Medien verbreitet. In dem Video ist klar zu hören, wie die beiden den Minister Rodríguez um Hilfe baten, um die Vergabe von Verträgen zu konkretisieren und in einer Gelegenheit setzt Arreaga den ehemaligen Minister mit Fotos von unterernährten Kindern unter Druck.

Während erster Veranstaltungen ist es zu Rangeleien und Bedrohungen von JournalistInnen bekommen.

Die Aktion von LIDER erinnert etwas an die Massnahmen, die die FRG (Frente Republicano Guatemalteco) vor elf Jahren unternahmen, als dem Ex-Putschisten, Efraín Ríos Montt, die Einschreibung verweigert wurde. Unter den Slogans „Schwarzer Donnerstag“ oder „Freitag in Trauer“ gingen Hunderte von AnhängerInnen der Partei auf die Strasse und verlangten, dass Ríos Montt als Präsidentenkanidat zugelassen wird, was später das Verfassungsgericht auch tat.

(Cerigua)

CICIG: Finanzierung der Parteien

Guatemala, 18. Juli. Die CICIG präsentierte einen Bericht über die Finanzierung der politischen Parteien, in dem herausgearbeitet wurde, welche der politischen Gruppen Geld vom organisierten Verbrechen erhielten, hauptsächlich aber von Geldern aus Netzwerken der Korruption leben. Der Leiter der Behörde, Iván Velásquez, bestätigte, dass Summen in Millionenhöhe in die Parteikassen fliessen, nicht aber aus Interessen an deren politischen Ideen, sondern weil man sich Gefallen vom Staat erhofft, vor allem bei der Verteilung von Aufträgen. Velásquez versicherte, dass die illegale private Finanzierung eine Gefahr für die Demokratie darstellt und unter anderem Begünstigung und die Auflösung des Parteien-

systems zur Folge haben kann.

Die Kommission ermittelte Strukturen des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels, die sich im Staat eingenistet hatten – aufgrund ihrer Verbindungen zu den Parteien; im Gegenzug werden Gelder vergeben. Diese Parallelmächte werden von den staatlichen Instanzen geschützt und deren VertreterInnen werden vorab über Aktionen informiert, die gegen sie unternommen werden.

Die Haupteinnahmequelle jedoch komme aus den Netzen der Korruption, die von den Abgeordneten und BürgermeisterInnen geschaffen wurden, um sich zu bereichern und ihre Machtposten zu sichern. Diese FunktionärInnen gründen ONGs, Bauunternehmen und ähnliche Vereinigungen, die mit öffentlichen Geldern versorgt werden, die dann wiederum für Kampagnen und Aktivitäten der Parteien genutzt werden. In diesen Fällen von Korruption kommt auch der Einfluss der Bauunternehmen, die in Vereinen gruppiert sind, zum Tragen. Durch Bestechung und Mittelvergabe erreichen sie, dass die Abgeordneten und andere staatliche Instanzen ihnen Aufträge erteilen.

Die CICIG gab an, dass je nach dem gewünschten Posten, die KandidatInnen Unterstützung von verschiedenen Seiten bekommen können: Während die KandidatInnen der Exekutive durch guatemalteckische transnationalisierte Firmen, Vereinigungen von Unternehmen, Kommunikationsmedien finanziert werden. Die Abgeordneten und BürgermeisterInnen nutzen private Gelder und die der Korruptionsnetzwerke.

Bezüglich der Medien kritisiert die CICIG das Monopol der Fernsehsender, die Eigentum des mexikanischen Ángel González sind, und die sehr grossen Einfluss auf die Wahlen hatten. Nachdem Velásquez dies verlautete, unterbrachen Kanäle 3 und 7 die Übertragung des Berichts.

Die Studie fand weiterhin heraus, dass 2011 die Parteiorganisationen 300 Millionen Quetzales mehr ausgaben, als dem TSE präsentiert wurden.

Der Bericht arbeitete ausserdem heraus, dass es in Guatemala keine Anzeigen wegen Delikten bezüglich der illegalen Finanzierung der Parteien gibt, bis zur kürzlichen Anzeige gegen LIDER (siehe weiter oben). Dafür sei es aber auch notwendig, dass MP und TSE besser ausgestattet seien, um diese Art von Delikten zu verfolgen, wo die Straflosigkeit bei 95 bis 100% liegt. Der CICIG-Leiter unterstützt auch die Reformen des Wahlgesetzes, die das TSE dem Kongress vorgelegt hat. Während der Präsentation der Berichts waren Mitglieder der Zivilgesellschaft, RepräsentantInnen der Vereinten Nationen, RichterInnen des TSE und Mitglieder des diplomatischen Korps zugegen, aber keine RepräsentantInnen der politischen Parteien. (Cerigua)

Nicht registriert, keine Wahlstimme

Guatemala, 14. Juli. In den 80er Jahren war es eine gängige Praxis, die Archive der Zivilregister zu zerstören. In den schlimmsten Jahren des Konflikts wurden 36 städtische Archive abgebrannt: 23 im Jahr 1982, fünf 1980, sieben 1981 und eine 1983.

Aber es gibt auch frühere Fälle, wie die Zerstörung des Register von Barillas, Departement Huehuetenango, 1929 und San Marin Sacatepéquez, 1935. Beim letzteren Fall ging die gesamte Information bis zum Jahr 1935 verloren. Aber auch in den Jahren 1996, 1998, 2003, 2004, 2007 und 2008 findet man Fälle, in denen die amtlichen Zivilregister zerstört wurden.

Insgesamt, so das Nationale Personenregister Renap, existieren 51 Städte oder Gemeinden, in denen die Informationen der Todesfälle, Geburten, Heiraten und weitere zivile Daten verloren gingen. Die weit meisten, d.h. 20 Fälle, geschahen im Departement Huehuetenango.

Das Fehlen dieser Dokumente könnte eine Erklärung dafür liefern, warum die Zahl der zur Wahl eingeschriebenen Personen in diesen Gemeinden so wenig wächst. Fehlende Identifikationspapiere führen dazu, dass die Menschen sich nicht an ihrem Wohnort registrieren und daher auch nicht wahlberechtigt sind. Es ist sehr wahrscheinlich nicht der einzige Grund, warum so wenige Neuzugänge bei Wahlen zu verzeichnen sind, wohl aber ein Indiz, wie die Vergangenheit noch heute das Geschick des Landes bestimmt. (EP)

Der Genozid-Prozess geht in eine neue Runde: Rios Montt als Gefangener im Krankenhaus

Guatemala, 23. Juli – Während der Anhörung vor dem Tribunal B des Gerichts höchster Sicherheitsstufe hat die Staatsanwaltschaft (MP) beantragt, dass der Angeklagte Ephraim Rios Montt im Psychischen Krankenhaus „Federico Mora“ interniert werden solle, um dessen psychiatrischen Zustand zu untersuchen. Sie stellt den Untersuchungsbericht des Guatemalteckischen Instituts für Forensische Studien (INACIF) zu Rios Montt in Frage. In diesem wird dem ex-Diktator eine Demenz bescheinigt, die ihn daran hindere, einen Prozess zu verfolgen. Aufgrund dieser Diagnose hatte die Vertei-

digung eine Unterbrechung der Verhandlung beantragt. Rios Montt selbst war nicht im Verhandlungssaal zugegen, erklärte jedoch in einer Videokonferenz von zu Hause aus, dass ihn seine AnwältInnen, eine Richterin und ein Vertreter der MP begleiten werde. Der Verhandlungssaal war voller JournalistInnen, Familienangehörigen der OpferInnen und RepräsentantInnen von Menschenrechtsorganisationen – und sogar der US-Botschafter, Todd Robinson, der seine Hilfe für die guatemaltekische Justiz anbot.

In der Umgebung des Gerichtsturmes hielten einige Personen eine Maya-Zeremonie ab, in der sie für Gerechtigkeit für die Opfer des Volkes der Ixiles baten. Vor dem Haus von Rios Montt gab es hingegen eine Kundgebung von dessen Anhängern.

Dies ist der zweite Prozess gegen Rios Montt und den damaligen Chef des Geheimdienstes, José Mauricio Rodríguez Sánchez, wegen der Morde an 1.771 Ixil, die durch Militärangehörige verübt worden sind. Am 10. Mai 2013 war der Ex-Putschist wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 80 Jahren Haft verurteilt worden, während der Geheimdienstchef freigesprochen wurde. Zehn Tage später hat das Verfassungsgericht dieses Urteil wegen angeblichen Prozessfehlern aufgehoben, und einen neuen Prozess verlangt. Internationale Menschenrechtsorganisationen erklärten, dass ein Urteil gegen Rios Montt rasch erfolgen müsse, weil die überlebenden Opfer, es verdienen, dass ihnen Gerechtigkeit zuteil wird.

Entdeckung von Maya-Ruinen im Petén

El Achiotal, Peten, 18. Juli - ArchäologInnen des Projektes La Corona haben in der Nähe von El Achiotal, Petén, 20 km von La Corona, bedeutende Funde gemacht. Sie gruben nicht nur zwei gut erhaltene Hieroglyphentafeln aus, sondern zudem eine Maya-Stele, die auf das 5. Jahrhundert nach Christus datiert wird.

Die Stele befand sich tief im Boden der archäologischen Stätte von El Achiotal in Guatemala verborgen. Sie lag zerbrochen in einem Grab. Wahrscheinlich hatten die alten Maya das Grab extra dafür errichtet, um die Fragmente des Heiligtums darin sicher aufzubewahren. „Diese Stele beschreibt einen frühen Herrscher, der während einer uns kaum bekannten Mayaepoche regierte“, sagt Marcello A. Canuto, Direktor des »Middle American Research Institutes« der Tulane University und Co-Direktor der Ausgrabungen in El Achiotal. Und der Epigraphiker David Stuart von der University of Texas in Austin schätzt, dass sich die Stele auf den 22. November 418 n. Chr. bezieht, einer Zeit der großen politischen Umwälzungen im zentralen Mayareich. Das Archäologenteam fand auch zwei Hieroglyphentafeln in nahezu tadellosem Zustand, die sogar noch einen Großteil ihrer ursprünglichen funkelnden, roten Farbe erhalten hatten. Sie befanden sich in der Nähe des Palastes der präkolumbischen Maya-Ruinenstätte La Corona am Río San Pedro. Diese Platten wurden nur deshalb nicht von Plünderern entdeckt, weil sie in einem kleinen unscheinbaren Eckzimmer des Palastes eingefasst wurden. Die Inschriften berichten von den Ritualen zur königlichen Krönung.

(Quelle: CERIGUA, <http://terra-mystica.jimdo.com/arch%C3%A4ologie/guatemala-maya-stele-und-hieroglyphentafeln-entdeckt/>)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6